

Friedensperspektiven mit den Taliban

Eine Bestandsaufnahme

International Crisis Group

Im August 2020 veröffentlichte die International Crisis Group einen 47-seitigen Bericht zu den Friedensperspektiven in Afghanistan. Die Autoren beschreiben das aktuelle Umfeld der Gespräche und gehen vor allem der Frage nach, wie belastbar die Gesprächsangebote und Verhandlungspositionen der Taliban zu Schlüsselfragen sind – im Nachfolgenden eine Zusammenfassung.

Damit Friedensgespräche in Afghanistan funktionieren, müssten sich die Taliban selbst auf klare Verhandlungspositionen zu Schlüsselfragen verständigen. Ebenso notwendig ist, ihre Anhängerschaft davon zu unterrichten, dass Frieden Kompromisse erfordert. Die Perspektiven der Taliban im angelaufenen Gesprächsprozess zu beleuchten, ist auf der Grundlage eines nur begrenzteren Datensatzes kein leichtes Unterfangen. Die Taliban haben zwar einige Überlegungen angestellt, die Aussagen in diesem Bericht beinhalten gleichwohl auch ein größeres Maß an Interpretation dessen, was etwa in Interviews gesagt wurde.

Warum es Gespräche gibt

Am 29. Februar 2020 unterzeichneten die USA und die Taliban ein Abkommen, das Friedensgesprächen zwischen der Gruppierung und der afghanischen Regierung die Tür öffnen soll. Nach mehr als einjährigen bilateralen Verhandlungen unterzeichneten die Taliban im Februar das Abkommen mit den USA, das einen schrittweisen Abzug der ausländischen Truppen im Austausch gegen Verpflichtungen zur Terrorismusbekämpfung und die Zusage von Verhandlungen mit der afghanischen Regierung zusichert. Letzteres hatten die Taliban lange Zeit abgelehnt.

Allerdings haben sich Taliban und afghanische Regierung in den Monaten nach dem Abkommen gegenseitig blockiert und sich gegen rasche Kompromisse über einen Gefangenenaustausch und eine Reduzierung der Gewalt auf ein für Friedensgespräche günstigeres Niveau gesträubt. Die Atmosphäre für innerafghanische Verhandlungen ist angespannt. Da aber die USA entschlossen scheinen, ihr Engagement in Afghanistan zurückzuschrauben, steht ein nur begrenztes Zeitfenster für einen bereits fragilen Prozess offen. Viele in der afghanischen Regierung und der Zivilgesellschaft befürchten, dass die Gespräche die Rückabwicklung der seit 2001 erzielten rechtlichen, sozialen und wirtschaftlichen Errungenschaften vorwegnehmen könnten.

Im Verlauf der innerafghanischen Gespräche wird über den (Wieder-) Aufbau des Landes zu sprechen sein. Die USA und andere Geber sollten darauf vorbereitet sein, die Aussichten auf Unterstützung nach einem Übergang als Ermutigung zu nutzen, Kompromisse zu finden. Sie sollten ihr Gewicht ebenfalls dazu einbringen, die Zivilgesellschaft und ihre Ideen in den Gesprächsprozess einzubeziehen.

Veränderungen bei den Taliban

Die Taliban haben in der Vergangenheit – soweit wahrnehmbar – eine in-

terne Debatte mit Blick auf den Zusammenhalt vermieden, die mit der Konsensfindung in schwierigen Fragen der Regierungsführung und Ideologie einhergehen würde. Die Kernideale sind weit gefasst und definieren die Ziele so: Das Land von ausländischen Streitkräften zu befreien und die islamische Herrschaft wieder herzustellen. Die Taliban glauben, diesen Zielen nahe zu sein, da sie als Aufständische überlebt haben und sich seit dem Sturz ihres Regimes 2001 durch die USA und Verbündete weit über ihre geografischen und Stammeswurzeln hinaus ausgedehnt haben.

Bislang haben die Taliban wenig getan, ihre Bereitschaft zu einem sinnvollen Kompromiss unter Beweis zu stellen. Ohne Zweifel hat dies auch damit zu tun, den Zusammenhalt zu wahren und ihre Verhandlungsposition zu stärken. Ihr politischer Flügel verspricht der Weltöffentlichkeit, dass ein künftiger afghanischer Staat, in dem die Taliban eine führende Rolle spielen, ein verantwortungsbewusstes Mitglied des internationalen Systems sein werde. Andererseits vertritt die Gruppe Maximalpositionen. Seit 2018 haben Vertreter westlichen Diplomaten versichert, dass sie zwar eine „inklusive“ Regierung in Afghanistan anstreben. Einige Führungsmitglieder erklären aber weiterhin, für eine Wiederherstellung des Emirats zu kämpfen, das die Taliban in den 1990er-Jahren gegründet



NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg und der afghanische Präsident Ashraf Ghani bei der Zeremonie anlässlich der gemeinsamen Erklärung zwischen den Vereinigten Staaten und der Islamischen Republik Afghanistan und der Unterzeichnung eines Abkommens zwischen den Vereinigten Staaten und den Taliban.

Bild: NATO, flickr.com (CC BY-NC-ND 2.0)

Ausblick

Faktisch offen bleibt bislang die Frage zur Kompromissbereitschaft der Taliban im Hinblick auf eine politische Lösung zur Beendigung des Krieges. Das Abkommen mit den USA eröffnet ein fragiles Zeitfenster zu Gesprächen über die Beilegung eines der tödlichsten Konflikte der Welt. Für den letztendlichen Erfolg der Gespräche ist es von entscheidender Bedeutung, dass die Aufständischen eine kohärente politische Vision festlegen, eine offene Debatte über ihre Positionen in der afghanischen Gesellschaft akzeptieren und am Verhandlungstisch Kompromissbereitschaft zeigen. Allerdings besteht zumindest auch auf Seiten der Regierung die Notwendigkeit, die Wähler/-innen auf Änderungen der Verhandlungspositionen und Kompromisse vorzubereiten. Die Regierung ist hier ohne Zweifel in Bezug auf ihre Vision relativ transparent gewesen. So ist zu erwarten, dass die Regierung versucht, den Status quo so weit wie möglich zu erhalten.

*Aus dem Englischen übersetzt
und bearbeitet von Theodor Rathgeber*

Zu den Autoren

Die *International Crisis Group* ist eine in Brüssel ansässige Nichtregierungsorganisation, die Analysen und Lösungsvorschläge zu internationalen Konflikten anbietet. In Afghanistan führt die Gruppe eigene Untersuchungen auch im lokalen Rahmen durch.

Texthinweis

Der Bericht *Taking Stock of the Taliban's Perspectives on Peace* ist auf der Webseite der *International Crisis Group* als *Asia Report 311* abrufbar via <https://www.crisisgroup.org/asia/south-asia/afghanistan/311-taking-stock-talibans-perspectives-peace>.

und geführt haben. Die Taliban insgesamt sprechen unisono von einer islamischen Staatsführung. Einige Taliban-Funktionäre sagten 2019 und 2020 in Interviews, Afghanistan solle sich um diplomatische Neutralität und Nichteinmischung mit anderen Ländern bemühen.

Die nach außen getragenen Stellungnahmen zu den Rechten von Frauen und Minderheiten sind immer vage geblieben. Dies spiegelt die internen Positionen zu diesem Thema wider, die sehr unterschiedlich sind und sich weniger an einer universellen Politik als vielmehr an den lokalen Gepflogenheiten und den Überzeugungen der einzelnen Kommandeure orientieren. Bislang unklar ist auch, was die Taliban für die Zukunft ihrer eigenen Kämpfer planen, ob sie in die dann neu aufgestellten afghanischen Sicherheitskräfte eingegliedert oder anderweitig erwerbstätig werden sollen.

Viele Konfliktakteure gehen mit Maximalpositionen in Verhandlungen und passen ihre Positionen im Laufe der Gespräche an, manchmal über Jahre hinweg. Bei den Taliban ist aber zu beachten, dass sie als organisierter Verbund aus einer verhärteten militärischen Organisation hervorgehen und eine Geschichte der Unnachgiebigkeit aufweisen. Ihre strategische Kommunikation stellt immer noch kriegsbezogene Botschaften in den Vordergrund. Inner-

halb dieser Denkhaltung kam der unerwartete Waffenstillstand 2018 zustande. Der rhetorische und konzeptionelle Übergang vom bewaffneten Aufstand zu politischen Verhandlungen mit den Gegnern muss noch geleistet oder sichtbar werden. Eine Verlagerung zu zivilen konzeptionellen Stellungnahmen war im Rahmen der COVID-19-Pandemie erkennbar, bildet aber noch die Ausnahme. Ein breiteres Einbeziehen der afghanischen Zivilgesellschaft, humanitärer Organisationen und anderer Interessengruppen ist hingegen noch nicht der Fall.

Dies entspricht in gewisser Weise der Scheu vieler Akteure der afghanischen Zivilgesellschaft und ausländischer Geberorganisationen, von den Taliban nicht nur ein stärkeres aufeinander Zugehen zu fordern, sondern dies selbst umzusetzen. In gleicher Weise ist die afghanische Regierung gefordert, auf Veränderungen im Verhalten und in der Rhetorik der Taliban einzugehen und einen Kompromiss auszuloten. Ausländische Regierungen, die den Friedensprozess unterstützen, sollten die Taliban ermutigen, ihre Teilnahme an den Verhandlungen mit einem parallelen externen Dialog zu untermauern. Die Tagesordnung und das Tempo der Verhandlungen sollten so strukturiert werden, dass den Taliban Zeit bleibt, die internen Prozesse in Schlüsselfragen zu Versöhnung, Machtteilung und Regierungsführung zu führen.